



Fraktion aktuell.

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

103 | 17.05.2024

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den letzten Wochen sind vielerorts Politiker*innen verbal und tätlich angegriffen worden. Die Verachtung der Demokratie und die Angriffe auf Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, haben sich damit nochmals zugespitzt und ein neues Extrem erreicht. Mit den demokratischen Fraktionen haben wir deshalb in dieser Woche ein Zeichen für Demokratie und der Solidarität mit allen gesetzt, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen.

Ein wichtiges Zeichen für Toleranz in unserer Gesellschaft wird auch der Christopher Street Day sein, der in unserer Stadt traditionell an diesem Wochenende stattfinden wird.

Eine interessante Lektüre, frohe Pfingsten und einen bunten CSD wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Für eine offene und tolerante Gesellschaft! Solidaritätsaktion der demokratischen Ratsfraktionen

Im Vorfeld der gestrigen Ratsversammlung haben sich die demokratischen Fraktionen im Rat zusammengefunden und ein gemeinsames Zeichen der Solidarität mit Menschen gesetzt, die in den letzten Wochen Opfer von Angriffen vor allem rechtsradikaler Kräfte geworden sind. Diese Attacken sollen

Eine Stadt für alle.



jene einschüchtern, die sich für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen, und zielen insofern auch auf unsere Gesellschaft insgesamt. Verabschiedet haben wir dabei zusammen mit den Fraktionen der Grünen, der CDU, der FDP und der Linken folgende Resolution:

Wir stehen zusammen und erklären unsere uneingeschränkte Solidarität anlässlich der jüngsten Angriffe und Bedrohungen auf Wahlkämpfende und politisch Aktive.

In den vergangenen Wochen wurden mehrere demokratische Vertreterinnen und Vertreter Opfer von Gewalttaten und Angriffen. Diese Angriffe, z.B. auf den Europaabgeordneten Matthias Ecke (SPD) in Dresden und den Bezirksratherrn Béla Mokrys (Bündnis 90/ Die Grünen) sowie die Drohungen gegen den Regionspräsidenten Steffen Krach und Wahlkämpfende der CDU, sind nicht nur Angriffe auf Einzelpersonen, sondern Angriffe auf unsere demokratischen Werte und auf die Integrität unseres politischen Systems insgesamt.

Als demokratische Parteien stehen wir für Vielfalt, Toleranz und den respektvollen Austausch von Meinungen. Gewalt und Einschüchterung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir verurteilen diese feigen Angriffe auf das Schärfste und rufen dazu auf, gemeinsam ein deutliches Zeichen zu setzen: für den Schutz der Demokratie.

Wir sind uns bewusst, dass der demokratische Prozess – auch in unserer Stadt – oft von leidenschaftlichen Diskussionen und hitzigen Debatten geprägt ist. Unterschiedliche Standpunkte und Meinungen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Wir sind bereit, unsere politischen Überzeugungen zu verteidigen und für die verschiedenen Ideale zu kämpfen, doch wir streiten im demokratischen Prozess miteinander, teilweise auch hart – aber wir verurteilen entschieden jede Form von Gewalt oder Bedrohung. Denn Gewalt ist niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung, sondern ein unmittelbarer Angriff auf unsere demokratischen Werte und auf unsere freie Gesellschaft.

Daher stehen wir über Parteigrenzen hinweg zusammen und bekräftigen unsere Entschlossenheit, uns für eine offene und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden uns weiterhin für die Interessen unserer Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen, mit Respekt, Dialog und Überzeugungskraft.

Gemeinsames Zeichen der Solidarität: Mitglieder der demokratischen Fraktionen des Rates am vergangenen Dienstag auf den Stufen des Neuen Rathauses.



Christopher Street Day

Am Pfingstwochenende findet in unserer Stadt traditionell der Christopher Street Day statt, mit dem weltweit für die gleichen Rechte queerer Menschen demonstriert wird. Im vergangenen Jahr waren hierzu mehr als 25.000 Menschen auf Hannovers Straßen, überschattet wurde der CSD 2023 allerdings von Übergriffen auf queere Menschen.

Wir hatten deshalb eine [Anhörung](#) zum Schutz queeren Lebens zum CSD und im Alltag der Stadtgesellschaft durchführen lassen, die vor zwei Monaten stattfand. Berichtet wurde dort unter anderem über die Konzepte dazu, wie künftig mehr Sicherheit beim CSD gewährleistet werden soll.

An diesem Wochenende werden sich nun erneut Tausende Menschen zum [CSD 2024](#) versammeln und ein Zeichen für ein friedliches, respektvolles und tolerantes Leben aller Geschlechter in unserer Gesellschaft setzen. Mitglieder unserer Fraktion werden zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft SPD queer dabei sein.



Unsere queer- und gleichstellungspolitische Sprecherin Maxi Carl beim CSD 2023

Stadtteilbibliotheken und Jugendarbeit erhalten: Unsere Forderungen zum HSK

Seit letzter Woche werden in den Ausschüssen des Rates die Vorschläge beraten, die die Verwaltung zur [Konkretisierung](#) des elften Haushaltsicherungskonzeptes (HSK XI) vorgelegt hat. Wir haben dazu vor zwei Wochen gemeinsam mit CDU und FDP einen [Zusatzantrag](#) vorgelegt, der weitestgehend Forderungen unserer Fraktion übernimmt.

Der Antrag wiederholt unsere Zusage, die Zuwendungen an Einrichtungen nicht anzutasten, die in ihrer Existenz bedroht oder bei denen Kürzungen folgen zeitigen würden, die sozialpolitisch nicht zu verantworten wären. Dem entspricht, dass wir in der Jugendarbeit verschiedene Projekte nicht streichen lassen wollen; auch stellen wir die Entscheidung über Standorte von Jugendeinrichtungen zurück, bis die Handlungsempfehlungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit aus dem sogenannten „Roadmap-Prozess“ vorliegen.

Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge betrachten wir die Stadtteilbibliotheken, weshalb wir die vorgesehenen Standortschließungen in der Südstadt und in der Nordstadt zurückweisen. Für die Nordstadtbibliothek können wir uns allerdings ein Kooperationsprojekt mit einem Träger aus der Stadtteilarbeit vorstellen, wobei das bisherige Angebot erhalten bleiben und die Bücherei nicht auf eine Kinder- und Jugendbibliothek reduziert werden soll.

Auch das Stöckener Bad soll vorerst weiterbetrieben werden, bis gemeinsam mit den örtlichen Schulen und Sportvereinen geprüft worden ist, welche Folgen eine Verlagerung in ein privat betriebenes Bad in Marienwerder für den Schwimmunterricht hätte.

Zur Gegenfinanzierung dieser Vorschläge haben wir etliche Maßnahmen beantragt, die vor allem die Zentralisierung einiger Verwaltungsabläufe vorsehen, etwa beim Maschinen- und Gerätemanagement oder beim Bodenmanagement. Die städtische Beschäftigungsförderung soll zu einem Ausbildungs- und Qualifizierungsbetrieb ausgebaut werden, um etwa die Hausmeisterdienste an Schulen abzusichern und hierdurch Kosten externer Dienstleistungsbetriebe einzusparen.

Geringere Kosten sollen auch die Verlängerung der Bindungsfristen bei Ausschreibung und Vergabe von Kindertagesstätten mit Betriebskostenersatz und die Beseitigung von Leerständen und Überkapazitäten in städtischen Immobilien bringen.

Konkrete Einsparvolumina sehen unsere Vorschläge zur Streichung der Stabsstelle Mobilität im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (670.000 Euro) und die Anhebung der Vorgaben für das Eventmanagement auf 450.000 Euro jährlich vor – dabei sind traditionelle Veranstaltungen wie das Schützenfest oder die Fête de la Musique von Einsparungen ausdrücklich ausgenommen.

Die Beratungen über das HSK XI gehen damit in die abschließende Runde, die der Rat mit seiner Beschlussfassung am 20. Juni beenden wird.

Misburger Bad wiedereröffnet

Am 4. Mai – rechtzeitig zur Freibadsaison – ist das Misburger Bad als städtischer Betrieb wiedereröffnet worden. Während in den vergangenen zweieinhalb Jahren das Hallenbad komplett neu gebaut wurde, ist zugleich das Freibad dahinter saniert und das Außengelände neu gestaltet worden.



Das Hallenbad bietet 25-Meter-Bahnen, einen Spungturm, ein Lehrschwimm- und ein Kleinkindbecken sowie einen Saunabereich. Auch im Außenbereich stehen ein Becken mit 25-Meter-Bahnen und ein Nichtschwimmerbecken mit großer Rutsche zur Verfügung. Verschiedene Spielplätze vervollständigen das Ensemble außerhalb der Halle.

Der Hallenneubau ist energetisch auf neuestem Stand, trägt eine Solaranlage mit einer Spitzenleistung von 99 kWp und wird im Winter zusätzlich über „Wärme-to-go“ versorgt, über Wärmecontainer, die aus der Müllverbrennungsanlage in Lahe kommen.

Das neue Misburger Bad.

Notwendig war der Neubau geworden, weil die privaten Träger des Misburger Bades im Zuge von Umbaumaßnahmen irreparable Schäden an dem Vorgängerbau verursacht hatten. Vor 19 Jahren war das Bad privatisiert worden, weil die Stadt kein Geld für die notwendige Sanierung hatte. Steigende Betriebskostenzuschüsse und die Ruinierung des Bades – im wahrsten Sinne des Wortes – durch den privaten Betreiber brachten letztlich nur einen Schaden in Millionenhöhe.

Stärkung des Hochwasserschutzes

Vor dem Hintergrund des Hochwassers, das über den Jahreswechsel auch Gebiete in unserer Stadt heimgesucht hatte, hat die Verwaltung vor zehn Tagen im Haushaltsausschuss darüber in einer umfangreichen [Drucksache](#) informiert, welche Schäden das Hochwasser in Hannover verursacht hat und welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen vorgesehen sind.

Die Schäden durch das Hochwasser in Hannover belaufen sich allein für die Stadt auf 3,1 Millionen Euro, zu denen noch Schäden bei unserem Stromversorger enercity in Höhe von 300.000 Euro kommen. Die Schäden für Privathaushalte in Hannover werden anhand von Berechnungen der Versicherungswirtschaft auf 65.000 Euro geschätzt – insgesamt ein relativ geringer Betrag, da die Schäden für Nord- und Mitteldeutschland auf insgesamt 200 Millionen Euro taxiert werden.

Dementsprechend gering ist mit 3.000 Euro auch die Höhe der Soforthilfe, die an private Haushalte ausgezahlt wurden. Die Zahl der Hochwassereinsätze in unserer Stadt hingegen beläuft sich auf 115, unter denen glücklicherweise nur drei Einsätze zur Wasserrettung waren.

Die Auswertung des Hochwassers und seiner Schäden wie auch die Prognosen zu künftigen Hochwasserereignissen, die Ende 2022 erneuert wurden, zeigen einige Handlungsbedarfe auf. Dazu gehören vor allem kurz- und langfristige Schutzmaßnahmen im baulichen Bereich, die Überarbeitung von Hochwassereinsatzplänen, die Berücksichtigung prognostizierter Hochwasserstände bei Stadtentwicklungs- und Baumaßnahmen und die Kommunikationsstrategien insbesondere gegenüber der Bevölkerung.

Verstärkt werden soll der Hochwasserschutz auch durch einen [Industriewassersauger](#) und zwei [Systeme zur Gefahrenabwehr](#), eine mobile Hochwasserschutzanlage und einen zusätzlichen Behälter zur Sandsackabfüllung.

Pilotphase zur Beteiligungskultur: Bewerbungen zum Beiratsmitglied möglich

Im Herbst wird die – traditionell starke – Bürger*innenbeteiligung in unserer Stadt in eine neue Phase gehen. Bereits vor zwei Jahren hatten wir beschlossen, dass die [Einwohner*innenbeteiligung](#) in Hannover ausgeweitet und dies in einer zweijährigen Pilotphase ausprobiert werden soll, und dazu einen [Änderungsantrag](#) vorgelegt. Der sah vor allem einen



Logo des Beiratsmitglied. © LHH

Beteiligungsbeirat aus Bürger*innen, Fachleuten, Politik und Verwaltung vor, der die Pilotphase begleiten und für die künftige Ausgestaltung der Beteiligung eine Empfehlung ausarbeiten soll.

Nachdem der Rat im Januar die [Einrichtung](#) dieses Beteiligungsbeirates beschlossen hatte, wurden am Montag der interessierten Öffentlichkeit die vorgesehene Zusammensetzung und Arbeit des Beteiligungsbeirates vorgestellt. Seither besteht nun die Möglichkeit, sich als Bürger*in um einen Sitz im Beteiligungsbeirat zu bewerben. Bewerbungen können über das „[Infoportal Beteiligung](#)“ eingerichtet werden, auf dem auch nähere Informationen zur Bürger*innenbeteiligung in Hannover und zum Beteiligungsbeirat zu finden sind.

Bildungsdialoge für alle Stadtbezirke

Im Herbst 2024 wird eine Reihe von Bildungsdialogen in den Stadtbezirken beginnen. Unsere Schuldzernentin Eva Bender und ihr Team wollen dann gemeinsam mit Schulleitungen, Elternvertretungen und Schüler*innenräten, Sportvereinen, Akteur*innen der Stadtteilkultur, Bezirksbürgermeister*innen und den interfraktionellen Gesprächskreisen der Stadtbezirksräte (den sogenannten „Interkreisen“) die jeweiligen örtlichen bildungspolitischen Herausforderungen und Potentiale diskutieren.

In Arbeitsgruppen sollen schulische Handlungsfelder identifiziert und geschaut werden, in welcher Reihenfolge sie bearbeitet werden sollen. Am Ende jedes Bildungsdialogs wird eine Abschlussvereinbarung stehen, die im Anschluss im jeweiligen Stadtbezirksrat sowie im Schul- und Bildungsausschuss vorgestellt werden wird.

AK Große Städte Niedersachsen

Nach längerer Unterbrechung hatten sich vor einem Jahr die Geschäftsführungen der SPD-Fraktionen in den großen Städten Niedersachsens erstmals wieder zu einem Austausch über aktuelle Themen getroffen. Dem Gespräch in Hannover folgte nun am 25. April die Fortsetzung in Osnabrück.



Im Mittelpunkt standen diesmal Fragen der Mobilitätswende, die Kommunale Wohnungsgesellschaft „Wohnen in Osnabrück“ (WiO) und der Besuch des Felix-Nussbaum-Hauses, des ersten Baus des Stararchitekten Daniel Libeskind.

*Osnabrücks Stadtbaurat Frank Otte, die SPD-Fraktionsvorsitzende Susanne Hambürger dos Rios und die Leiterin des Referats Mobile Zukunft, Brigitte Stratmann, mit unserem Fraktionsgeschäftsführer Marc-Dietrich Ohse und seinen Kollegen aus Salzgitter und Osnabrück, Christian Hasse und Christopher Schlicke (v.l.).
© SPD-Fraktion Osnabrück*

So unterschiedlich die Voraussetzungen und die Möglichkeiten für eine Mobilitätswende der niedersächsischen Großstädte sind, so bemerkenswert war hierbei in Osnabrück das Vorhaben, im Umfeld von Bildungseinrichtungen ein schulisches Mobilitätsmanagement zu etablieren, wodurch unter anderem „Elterntaxis“ vermieden werden sollen. Zudem ist die Verkehrsplanung in Osnabrück einerseits an dem Leitbild einer „15-Minuten-Stadt“, also der Erreichbarkeit aller Einrichtungen im Stadtgebiet innerhalb von einer Viertelstunde, orientiert, andererseits berücksichtigt sie sehr stark die Mobilität innerhalb der unterschiedlichen Quartiere.

Als eines der größten Stadtentwicklungsvorhaben in Niedersachsen wurde das [Lok-Viertel](#) in Osnabrück vorgestellt, wo auf dem ehemaligen Güterbahnhof mehr als 2.000 Wohneinheiten entstehen sollen. Einer der Ankerpunkte ist hier eine ehemalige Lokhalle, wo bereits mit dem [CiC](#) ein Innovationszentrum eingezogen ist, das die örtliche Wirtschaft und Wissenschaft zusammenführen soll.

Tag der Arbeit

„Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ – das waren die Forderungen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) als Motto für den diesjährigen Tag der Arbeit benannt hatte. An der Demonstration und der Kundgebung nahmen auch zahlreiche Mitglieder unserer Fraktion teil, zumal in Hannover diesmal die zentrale Veranstaltung des DGB stattfand. Damit stellten sie sich auch an die Seite der Beschäftigten unserer Stadt, mit deren Personalvertretung wir im ständigen Gespräch sind.

In ihrer starken Rede forderte die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, die zuvor Bundestagsabgeordnete in Hannover war, ein Bekenntnis der Bundesregierung zur europäischen Tariftreue-Richtlinie und eine zügige Umsetzung der europäischen Mindestlohn-Vorschriften. Beide Richtlinien belegten, dass die Europäische Union mehr sei als eine Wirtschaftsunion, so Fahimi. Diese Errungenschaft müsse verteidigt werden – voran gegen diejenigen, die die EU abschaffen wolle. Das aber würde erheblichen Schaden für Deutschland, für seine Wirtschaft und damit auch für die Beschäftigten bedeuten, erklärte die DGB-Vorsitzende.



Beschlussticker

Beschlossen hat der Verwaltungsausschuss gestern den [Antrag](#), im Zuge der Umgestaltung des Köbelinger Marktes dort mehr Stellplätze zu erhalten.

Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Klebe-Politze (3. v.l.) und unsere Ratsfrau Anja Schollmeyer (3. v.r.) bei der Demonstration zum Tag der Arbeit.

Mach mit beim Stadtradeln!

Am 26. Mai beginnt die diesjährige Aktion „[Stadtradeln](#)“. Bis zum 15. Juni werden viele Menschen tausende Kilometer mit dem Fahrrad unterwegs sein, ihre zurückgelegten Strecken dokumentieren und damit zeigen, welchen Stellenwert Radfahren in unserer Stadt und unserer Region hat.



STADTRADELN
Radeln für ein gutes Klima

© Klima-Bündnis

Wir haben dazu ein Team gebildet und laden herzlich dazu ein, in diesem Team mitzuradeln. Wenn Du in unserem Team „mitfahren“ willst, melde Dich beim [Stadtradeln](#) an und wähl als Dein Team „[SPD Hannover](#)“ aus. Solltest Du ein kommunalpolitisches Mandat in einem Bezirksrat, im Rat oder in der Regionsversammlung wahrnehmen, so gib dies bei Deiner Anmeldung an.



Fraktionsgeschäftsstelle am 30. Mai geschlossen

Wegen einer auswärtigen Fortbildung wird unsere Fraktionsgeschäftsstelle am Donnerstag, 30. Mai, ganztägig nicht besetzt sein. – Unser nächster Newsletter wird voraussichtlich am 7. Juni erscheinen.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

